



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die "nationale Partei".

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Provinz ist, deren gesammte Bevölkerung sich immer zur katholischen Religion bekennt*) hat, derselben noch treu anhängt, und um die Aufrechthaltung der Einheit im katholischen Glauben auf den öffentlichen Landtagen sowohl als bei anderen sich darbietenden Gelegenheiten**) wiederholt und dringend gebethen hat. Deswegen kann und darf ich als Bischof der in Tirol gelegenen Diöcese Trient die gemischten Ehen nicht begünstigen, sondern muß die mir auferlegte Pflicht treu und genau erfüllen.“ Alle Vermittlungsversuche blieben fruchtlos. Dem katholischen Theile erübrigte angesichts unseres Ehrechtes nur ein Ausweg, die Auswanderung aus dem östreichischen Kaiserstaat, wozu ihm denn auch von der k. k. Statthalterei die Bewilligung ertheilt wurde. Wenn die Bischöfe des Landes solchen Ansichten huldigen, ist es erklärlich, daß die Geistlichkeit, die im verstärkten ständischen Ausschusse gebührend vertreten war, und die mit ihr einverständenen Vertrauensmänner ein Ansuchen an die Regierung stellten, wozu der intelligente Theil der Tiroler nie seine Zustimmung erklären wird.

Die „nationale Partei“.

Von der preussischen Grenze.

Um zunächst meinen eignen Standpunkt der Bewegung gegenüber festzustellen, die seit dem Frieden von Villafranca begonnen hat, erlauben Sie mir die Bemerkung, daß ich weder ein „Gothaer“ noch ein „Eisenacher“, sondern ein Preuße bin. Das soll nicht bloß eine statistische Notiz sein, sondern ich will damit eine Ansicht aussprechen: die Ansicht nämlich, daß es für die Bestimmtheit, ich möchte sagen Anschaulichkeit dieser Bewegung zweckmäßiger gewesen wäre, wenn sich Preußen ganz von derselben ausgeschlossen hätte. Ich habe dafür mehrfache Gründe.

Zunächst gibt die gegenwärtige Parteibildung eine ganz falsche Vorstellung von der Stärke der Partei. In Preußen ist die Ueberzeugung, daß Preußen eine höhere und stärkere Stelle innerhalb des Bundes einzunehmen das Recht und die Pflicht habe, so allgemein, daß, die Ultramontanen und die Männer der Kreuzzeitungspartei abgerechnet (und auch die letzteren nicht ganz), das gesammte Volk sich zu derselben bekennt. Und das ganze Volk, in Waffen geübt, ist bereit, für dieselbe einzutreten.

Es gibt also eine ganz falsche Vorstellung von der Stärke dieser Partei in Preußen, wenn nur einzelne Namen — wie achtungswerth sie auch sein mögen — ein derartiges Programm unterzeichnen. Worauf es den Regierungen und dem Volk ankommt, ist, zu wissen, wie stark und wie lebhaft diese Ansicht in den mittel- und kleindeutschen Staaten vertreten sei.

*)Die Abschrift entspricht dem Original buchstäblich.

**)Eine Anspielung auf die sogenannte „Niesenpetition“ im Jahre 1848.

Denn das ist doch die Aufgabe dieser Programme: es gilt nicht, unmittelbar etwas durchzusetzen, wozu weder die gesetzliche noch physische Macht vorhanden ist, sondern nur, den Regierungen ein Material zur Erwägung bei ihren weitem Schritten zu unterbreiten: die Kenntniß nämlich von den Ansichten des Volks und namentlich der gebildeten Classen. — Der andere Zweck, den man noch haben könnte, sich untereinander zu verständigen, könnte viel einfacher erreicht werden; dazu sind keine Programme nöthig.

Die zahlreiche Theilnahme von Preußen gibt außerdem von der ganzen Bewegung eine schiefe Ansicht. Man legt sie so aus, als sei sie von der preussischen Regierung hervorgerufen. Zwar ist diese Idee im höchsten Grade abgeschmackt — die Herren v. Anruh, Schulze, Zabel u. s. w. stehn mit der preussischen Regierung in keinem nähern Verhältniß als etwa die Herrn v. d. Pfordten, v. Beust u. s. w. — aber auf die Abgeschmacktheit einer Behauptung kommt es den Feinden Preußens nicht an, wenn es gilt, die Gespensterfurcht der blinden Menge anzuregen.

Die Folge ist, daß namentlich in Süddeutschland diejenigen, die sich zur Unterzeichnung eines derartigen Programms verstehen, die Sache so betrachten, als machten sie dadurch der Krone Preußen eine erhebliche Concession, und wären berechtigt, dafür ihrerseits Concessionen zu verlangen. So ist es in Frankfurt wirklich geschehen und es sind von preussischer und überhaupt norddeutscher Seite so starke Concessionen gemacht worden, daß von dem ursprünglichen Inhalt des Programms herzlich wenig übriggeblieben ist, und daß ich für meinen Theil — ohne der abweichenden Ansicht meiner Freunde irgend wie nahe treten zu wollen — gar keinen weitem Inhalt darin mehr finde, als allerlei fromme Wünsche, über welche die Regierungen ganz ruhig zur Tagesordnung schreiten könnten.

Die Sache verhält sich ihrem Wesen nach ganz anders. Allerdings wird der preussische Staat schon durch seine geographische Lage dringend aufgefordert, mit seinen Nachbarn durch ein engeres Band sich zu verketteln als das lose der deutschen Bundesverfassung; aber zur Noth kann er auch in der alten Weise fortbestehn. Das Bedürfniß des Anschlusses an einen größern Staat ist vielmehr in Kleindeutschland vorhanden, und die Frage, welche Bewegungen wie die Eisenacher zu lösen haben, ist folgende: führt dieses Bedürfniß die Population der Mittel- und Kleinstaaten zu Oestreich oder zu Preußen? sehen sie in dem engern Anschluß an den einen oder den andern Staat einen größern Gewinn für ihre geistigen und materiellen Interessen?

Oder um mich noch bestimmter auszudrücken: der wichtigste Gewinn der eisenacher Bewegung wäre, die Frage endlich so zu stellen, wie ich sie oben gestellt habe, d. h. einzusehn, daß jeder Dritte Weg eine Thorheit ist.

Eine Thorheit ist die Idee der Trias. Die Schwächern können dem Stärkern folgen, gleich Starke können aber nur durch die Gleichheit der Interessen verbunden werden. Die bairische und hannoveranische Regierung mögen gewisse Interessen gemeinsam haben; der Baier und Hannoveraner hat keine gemeinsamen Interessen, d. h. keine Interessen, die ihm specifisch als solchem beimohnen, die er nicht mit dem Preußen oder Oestreicher theilt.

Eine Thorheit ist die Volksvertretung im Bunde ohne eine starke, mit Recht und Macht ausgerüstete Centralgewalt.

Eine Thorheit ist die Bildung einer deutschen Centralgewalt, die nicht aus Oestreich oder aus Preußen hervorgeht.

Eine Thorheit ist die Idee einer preussischen Hegemonie, der auch Oestreich unterworfen sein sollte.

Sobald diese Sätze, die jedem Nichtfanatiker ohne weiteres einleuchten, auch den Fanatikern beigebracht sind, ist die Wahl nur zwischen zwei Oeventualitäten:

Entweder Wiederherstellung des östreichisch-deutschen Kaiserreichs, mit bedeutender Schwächung des preussischen Staats (denn ohne diese würde das Kaiserthum die Verhältnisse nicht ändern);

Der Errichtung eines engern Bundes (Union) unter Preußens Vorsitz innerhalb des weitem Bundes, dessen Rechte und Pflichten im Uebrigen durch eine solche Union nicht wesentlich alterirt werden.

Die letztere Ansicht wurde zuerst von Radowiz und dem Ministerium Brandenburg vertreten; dann durch die Könige von Hannover und Sachsen (im Dreikönigsbündniß), endlich durch sämtliche Kleinstaaten adoptirt; von der Versammlung in Gotha (den Resten der Weidenbuschpartei, die den Unionsgedanken als ein Pis aller aufnahm, da sie eigentlich etwas Anderes gewollt) als Abschlagszahlung angenommen; in Erfurt und zuletzt in Olmütz von der preussischen Regierung aufgegeben. Diese Ansicht ist neuerdings in dem gothaer Programm wieder aufgenommen, und Se. Hoheit der Herzog von Koburg-Gotha hat in Folge dessen erklärt, er stehe noch heute auf dem Standpunkt, den 1849 nach dem Dreikönigsbündniß sämtliche deutsche Fürsten mit Ausschluß von Oestreich, Baiern und Würtemberg eingenommen.

Wenn in Folge dieser Erklärung Oestreich einen Protest einlegt, — in einer Form, deren Schicklichkeit die Herren Diplomaten untersuchen mögen, da das nicht unsere Sache ist — und die Zwecke des Programms als einen Bundesbruch bezeichnet, so ist dabei seine Vergeßlichkeit das Merkwürdigste; denn Oestreich selbst schlug nach Olmütz eine Reform des Bundes vor, die in mancher Beziehung den Fürsten größere Opfer ihrer Souveränitätsrechte zumuthete als das Project der Union; und der Vorschlag einer Umgestaltung der Bundesverhältnisse kann, so weit er auch gehn möge, so lange er sich auf dem Boden friedlicher Agitation, der Meinungspropaganda und auf dem Boden des Gesetzes bewegt, als ein willkürliches Herausreten aus dem Bunde nicht betrachtet werden.

Der Zeitpunkt der Agitation scheint insofern nicht ganz glücklich gewählt, als sich in diesem Augenblick wenig erreichen läßt, indeß konnte sie doch nicht umgangen werden. Die österreichisch-ultramontane Presse hatte seit dem Beginn des Kriegs eine so planmäßige und erfolgreiche Polemik gegen Preußen fortgesetzt, daß es endlich Noth that, der Nation die Augen zu öffnen; und daß grade der Friede von Villafranca der Wendepunkt sein mußte, ist eine Remesse, deren wir uns herzlich freuen. Die Verhandlungen während des Kriegs hatten aber deutlich gezeigt, daß zwischen den nominellen und den wirklichen Rechts- und Machtverhältnissen des Landes ein unheilvoller Widerspruch obwaltete.

Es war in Frankfurt der Versuch gemacht worden, durch Majoritätsbeschluß Preußen zu einem Krieg zu zwingen, den es — für jenen Augenblick — nicht wollte. Preußen hat gegen dies Beginnen Protest eingelegt; es war dazu, wie wir glauben, auch nach dem Wortlaut der Bundesverfassung berechtigt; aber darüber kann man streiten; die Hauptsache ist, daß eine solche Zumuthung gegen die Natur der Sache und gegen den Geist des Bundes ist; daß sie niemals gestellt wurde, auch nicht in den Zeiten des Kaiserthums; daß bei dem Abschluß der Bundesverfassung auch nicht im Traum an die Möglichkeit eines solchen Falls gedacht wurde. Der Bund wurde in Gefahr gesetzt, nicht durch Preußen.

Gegen diesen Widerspruch zwischen nominellem und wirklichem Recht muß etwas geschehen, wenn Deutschland den auswärtigen Feinden gegenüber nicht wehrlos werden soll. — Noch scheint von keiner Seite ein bestimmter Vorschlag geschehen zu sein; doch steht in nächster Zukunft etwas der Art bevor. Sobald das geschieht, hat jeder Bürger die Verpflichtung, Partei zu nehmen, aber nicht in der Weise, daß er zugleich Ja und Nein sagt. — Und das ist bei der letzten Versammlung in Frankfurt wirklich geschehen.

Ueber diesen Punkt erlauben Sie mir, mich in meinem nächsten Brief zu verbreiten.

Verantwortlicher Redacteur: D. Moriz Busch — Verlag von F. E. Herbig

in Leipzig.

Druck von C. E. Albert in Leipzig.